

## Gefährliche Förderlücke?

**Impfstoffentwickler werden mit Staatsgeld überschüttet. Doch auf absehbare Zeit wird es auch Medikamente gegen Covid-19 brauchen. Deren Entwickler fühlen sich im Stich gelassen.**

*Von Britta Beeger und Ilka Kopplin*



Eigentlich will das hessische Unternehmen Biotest aus Dreieich ein Medikament für Patienten mit einer schweren Lungenentzündung entwickeln. Doch das Blutplasma-Präparat Trimodulin könnte auch schwer an Covid-19 erkrankten Menschen helfen, glaubt Vorstandschef Michael Ramroth. Das Unternehmen hat mit dem Mittel deshalb eine klinische

Studie gestartet, die in vier Ländern insgesamt 160 Menschen einbeziehen wird, auf Basis derer es dann womöglich eine bedingte Zulassung für Corona-Patienten in Europa bekommen könnte. Obwohl gerade die ersten Impfungen auf den Markt kommen, werde es in den nächsten zwei bis drei Jahren weiterhin viele Patienten auf den Intensivstationen geben, die damit behandelt werden könnten, ist Ramroth überzeugt. Betrachtet man die Zahl der Todesfälle - in der vergangenen Woche bis zu 590 am Tag alleine in Deutschland -, erkennt man, wie drängend die Sache ist und wohl vorerst auch noch bleiben dürfte.

Das Problem: Um diese klinische Studie schnell umzusetzen und gleichzeitig die langwierige Produktion auszuweiten, braucht Biotest rund 15 Millionen Euro - ein Risiko, das sein Unternehmen mit den rund 1900 Mitarbeitern, einem Umsatz von rund 420 Millionen Euro und einem Verlust von rund 5 Millionen Euro im vergangenen Jahr nicht allein stemmen möchte. "Es geht darum, das Risiko abzufedern. Je länger wir warten, desto länger zögert sich die Produktion hinaus", sagt Ramroth. Das Unternehmen wandte sich deshalb an viele Stellen, um an Fördermittel von rund 12 Millionen Euro - 80 Prozent der benötigten Summe - zu kommen; zunächst auf Bundesebene, von dort wurde man ans Land Hessen verwiesen, dort war man im Kontakt mit verschiedenen Ministerien. Alles vergeblich.

Mit seinen Sorgen ist das Unternehmen nicht alleine. Im Schatten inzwischen global bekannter Impfstoffhersteller wie Biontech, Moderna oder Astra-Zeneca, auf deren Entwicklungen fast

grenzenlose Hoffnungen ruhen, forschen zahlreiche Biotechnologieunternehmen an Therapeutika gegen eine Covid-19-Erkrankung - zum Beispiel an antiviralen Medikamenten, die verhindern sollen, dass sich die Viren im Körper vermehren, oder Mittel, die ein Überschießen des Immunsystems verhindern sollen. Doch während die Bundesregierung für die Impfstoffentwicklung riesige Summen zur Verfügung stellt - 750 Millionen Euro gehen alleine an die drei Unternehmen Biontech, Curevac und IDT Biologika -, fällt die Förderung für die Therapeutika-Forschung mit rund 45 Millionen Euro deutlich niedriger aus. Die Kritik daran wird nun immer lauter.

Die Förderung der Impfstoffforschung durch den Bund sei "beispielhaft" gewesen, lobt Viola Bronsema von Bio Deutschland, dem Branchenverband der deutschen Biotechnologie-Industrie, auf F.A.Z.-Anfrage. Sie macht jedoch deutlich: Die Unterstützung von Therapieentwicklungen gegen Covid-19 hinke deutlich hinterher. "Unternehmer mit vielversprechenden Wirkstoffkandidaten fühlen sich in Anbetracht des Ungleichgewichts bei der Förderung alleingelassen", so Bronsema. Das sehen auch die vier mittelständischen Biotechunternehmen Aicuris, Atriva, Immunic und Inflarx so, die sich zu der Initiative "Beat-Cov" zusammengeschlossen haben. Um Covid-19-Patienten zu versorgen und die Krankenhäuser zu entlasten, seien dringend sichere und hochwirksame Medikamente erforderlich, argumentieren sie.

Bestätigt fühlen dürften sich die Unternehmen durch die Weltgesundheitsorganisation WHO. Deren Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus warnte jüngst trotz der Fortschritte in der Impfstoffentwicklung explizit vor einer wachsenden Einstellung, dass die Corona-Krise vorbei sei. "Die Pandemie wird uns noch lange beschäftigen", sagte er. Fachleute weisen zudem darauf hin, dass mit Blick auf die Impfstoffe noch viele Fragen offen sind. Etwa wie viele Menschen sich tatsächlich impfen lassen, wie wirksam die Impfstoffe in der realen Welt sind und ob diejenigen, die geimpft sind und nicht erkranken, das Virus trotzdem an andere übertragen können.

In der Politik stehen sich Regierung und Opposition in der Sache gegenüber. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung von Anja Karliczek (CDU) will den Vorwurf, Biotechunternehmen würden bei der Förderung für die Medikamentenentwicklung durchs Raster fallen, nicht auf sich sitzen lassen. Das Ministerium habe frühzeitig entschieden, "den überwiegenden Teil seiner Fördermittel für die Entwicklung von Impfstoffen einzusetzen, um möglichst schnell einen möglichst umfassenden Schutz der Bevölkerung erreichen zu können", teilte ein Sprecher mit. Im Rahmen eines 45-Millionen-Euro-Programms hätten im Bereich der Therapeutika aber Projekte bis hin zu frühen klinischen Phasen und mit einer Förderhöchstgrenze von 2 Millionen Euro beantragt werden können. Spätere und deutlich kostenintensivere klinische Entwicklungsphasen seien hingegen "nicht zuwendungsfähig" gewesen, da das Ministerium möglichst vielen vielversprechenden Ansätzen eine Möglichkeit geben wollte, so der Sprecher.

Programme für die Entwicklung von Medikamenten, die wie das Trimodulin der Firma Biotest aus Dreieich auf die Behandlung vergleichsweise kleiner Patientengruppen abzielten, seien "bei aller Anerkennung der Wichtigkeit solcher Ansätze" daher zurückgestellt worden.

Am Vorgehen des Ministeriums entzündet sich dennoch Kritik - und zwar nicht nur bei den Unternehmen, die von dem Staatsgeld finanziell profitieren würden. Die Forschungsförderung für Therapeutika stehe in einem "Missverhältnis" zu den sonstigen Investitionen des Forschungsministeriums, sagte Kai Gehring, Sprecher für Forschung und Wissenschaft der Grünen-Bundestagsfraktion, der F.A.Z. Schon im April habe seine Fraktion "mehr Mittel für die Erforschung von Behandlungsmethoden gefordert". Doch für Ministerin Karliczek sei das keine Priorität. "Dass jetzt so viele innovative Unternehmen in die Röhre schauen, ist die fatale Quittung", kritisiert Gehring. Neben einem Impfstoff seien auch wirksame Medikamente notwendig, da es noch Monate dauern werde, den Impfstoff zu verteilen. "Da sind wirksame Medikamente echte Lebensretter." Ähnlich sieht es seine Parteikollegin Kordula Schulz-Asche, Fraktionsberichterstatteerin für Infektionsschutz. Neben nichtpharmazeutischen Maßnahmen müssten auch Diagnostika und Therapeutika gefördert werden. "Da passiert aus unserer Sicht noch viel zu wenig."

Auch die Chefs von großen Pharmakonzernen wie Roche, Merck oder auch des Wirkstoffentwicklers Evotec hatten sich zuletzt immer wieder für einen breiten Ansatz aus Impfstoffen, Antikörpern und Medikamenten ausgesprochen. Der Evotec-Vorstandschef Werner Lanthaler formulierte es so: Der "Werkzeugkasten" müsste neben einem Hammer auch mit Nägeln und Schrauben gefüllt sein. Das Engagement ist groß: Von den mehr als 400 Wirkstoffen, die gegen Covid-19 derzeit global entwickelt werden, sind rund 130 schon in der zulassungsrelevanten Studie, rund 30 Wirkstoffe sind schon zur Behandlung anderer Krankheiten zugelassen oder liegen sogar als Generika vor, hat die Unternehmensberatung EY in einer aktuellen Studie ausgewertet. Bekannte Präparate sind beispielsweise Remdesivir, das vor Jahren erfolglos gegen Ebola erforscht wurde und mittlerweile zumindest bedingte Zulassungen in diversen Ländern hat, und der Entzündungshemmer Dexamethason.

Auch mittelständische deutsche Biotechunternehmen haben nach eigenen Angaben vielversprechende Präparate. Anders als große Pharmakonzerne sind sie jedoch häufig gründergeführt, haben üblicherweise zwischen 20 und 70 Mitarbeitern und nicht die finanziellen Mittel, um Corona-Medikamente in vollem Umfang und der nötigen Geschwindigkeit voranzutreiben, heißt es von der Beat-Cov-Initiative. "Wir sind die Schnellboote, nicht die Supertanker. Wir können aber deshalb nicht die gesamte Wertschöpfungskette bieten wie ein Pharmakonzern", sagt Rainer Lichtenberger, Gründer und Vorstandschef von Atriva, mit Blick auf klinische Studien, Produktion und Logistik.

Große klinische Studien finden meistens in mehreren Ländern statt, müssen Hunderte oder mehr Probanden rekrutieren, behandeln und über längere Zeit beobachten. Das erfordert enorme personelle und finanzielle Mittel. Die vier Biotech-Unternehmenslenker fordern deshalb im Namen der Branche "eine finanzielle Unterstützung von Medikamentenentwicklungen, und zwar für die Durchführung der zulassungsrelevanten Studien sowie für die Herstellung und Vorbereitung des Markteintritts der neuen Medikamente", sagt Niels Riedemann, Gründer und Chef von Inflarx. Darüber hinaus schlagen sie vor, einen Fonds mit 500 bis 750 Millionen Euro für die Finanzierung von "fortgeschrittenen und erfolgversprechenden Therapievorhaben" aufzusetzen. Als gute Beispiele nennen sie die Initiative des amerikanischen Präsidenten, genannt "Warp Speed", welche Impfstoffherstellern und Therapieentwicklern gleichermaßen Hilfen zur Verfügung stelle. Der Appell der Unternehmen kommt allerdings auch zu einer Zeit, in der durch den Einsatz wirksamer Impfungen die Zahl schwerkranker Menschen und damit potentieller Studienteilnehmer für ihre Therapien künftig zurückgehen dürfte. Die Entwicklung könnte dadurch verzögert werden.

Biotest-Manager Ramroth managt derzeit "die Knappheit", wie er es ausdrückt. Die große klinische Studie mit Trimodulin in der eigentlichen Anwendung als Präparat gegen schwere Lungenentzündungen wird erst einmal zurückgestellt. Schließlich hatte Biotest, welches im Jahr 2018 mehrheitlich durch das chinesische Unternehmen Creat übernommen wurde, in den vergangenen Jahren schon allein 300 Millionen Euro in eine neue Produktionsanlage für Blutplasma investiert und Hunderte neue Arbeitsplätze am Standort geschaffen. Dass weder auf Bundes- noch auf Landesebene trotz anderweitig vergebener Milliardensummen eine niedrige zweistellige Millionensumme für Biotest übrig sein sollte, ärgert ihn.

Das hessische Wirtschaftsministerium hält dagegen, dass diverse Gespräche mit Biotest stattgefunden hätten und verschiedene Optionen innerhalb der Landesregierung geprüft worden seien. Auch habe man das Forschungsvorhaben Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vorgelegt. Zudem habe man verschiedene Möglichkeiten bei hiesigen Förderbanken für Darlehen dargelegt. Es handele sich nicht um mangelndes Interesse. Allerdings: "Weder gibt es ein passendes Förderprogramm noch vorhandene Haushaltsmittel", teilte eine Sprecherin auf Anfrage mit. Die Programme zur Innovationsförderung des hessischen Wirtschaftsministeriums verfügten über insgesamt 15 Millionen Euro im Jahr und legten einen Schwerpunkt auf Digitalisierung und kleine und mittlere Unternehmen. Biotest geht also weiterhin erst mal leer aus.